

Summary von Hans-Dieter Klein

Ausbildungsförderung, Bildungsfinanzierung und lebenslanges Lernen

Ulrich Thöne, Vorsitzender der GEW

Mittwoch, 29. August 2007, 11.30–12.30 Uhr

Die GEW hat sich in den zurückliegenden Auseinandersetzungen gegen das im gesellschaftlichen Mainstream liegende „Maximalprinzip“, nach dem die Bildungsausgaben einem angeblich zur Verfügung stehenden maximalen Geldbetrag unterzuordnen sind, gewandt. Sie fordert das „Minimalprinzip“ ein, mit dem bestimmt wird, dass die Erreichung der notwendigen Ziele finanziell unteretzt werden müssen. Für dieses Vorgehen muss man sich auf gesellschaftliche Ziele verständigen. Schon jetzt bestehe aber weitgehender Konsens darüber, dass das deutsche Bildungssystem in allen seinen Bereichen hoffnungslos unterfinanziert ist. So stehen etwa jährlich 50 Mrd. Euro zu wenig zu Verfügung, um etwa auf dem Niveau Schwedens zu sein. Hinzu komme der erhebliche Nachholbedarf. Dabei orientiere man sich keinesfalls an einem „Bildungsschlaraffenland“.

1. Die Vertreter der Bildungsorganisationen und alle, die gute und ausfinanzierte Bildung einfordern, darunter die Veranstalter der Wissenschaftskonferenz, müssen mit erheblich mehr Selbstbewusstsein die Forderungen aufmachen, ohne dabei Angst zu haben, als jetzt schon Bessergestellte dargestellt zu werden. Es gehe um eine riesige Umverteilung, die bewältigt werden muss.
2. Jegliche Formen der Privatisierung des Bildungswesens, darunter Beiträge und Gebühren aber auch PPP-Projekte im Bildungswesen, muss man ablehnen. Dazu gehörten an vorderster Stelle auch Studiengebühren.
3. In die gegenwärtigen Diskussionen um Zukunft und Nachhaltigkeit muss man die Folgen von Privatisierung im Bildungswesen problematisieren und deren gesellschaftliche nachhaltigen Folgen aufzeigen.

Abschließend verwies er auf die GEW-Publikation „Bildung ist keine Ware“, die den Gewerkschaftstagsbeschluss vom 25. April 2005 zu diesem Thema und ergänzende Materialien enthält. In der Debatte griff er die Forderung aus dem Plenum für einen neuen Anlauf zu einem „Gesamtplan Bildung“ auf. Gerade diese Zieldiskussion werde aber gegenwärtig der Gesellschaft verweigert. Es bedarf aber auch in der GEW selbst der Diskussion aller Bildungsbereiche miteinander, um diesem Ziel näher zu kommen. Innerhalb der Gewerkschaft und der Gewerkschaften muss man ein gemeinsames Konzept finden.